

## ZEITSCHRIFTEN-SPIEGEL

### *Die Labilität der deutschen öffentlichen Meinung*

Unter diesem Titel analysiert Prof. Dr. *Ralf Dahrendorf* (Tübingen) in der *Basler National-Zeitung* (Nr. 513, 5. 11. 1961) die „Aufschwemmungen durch den 13. August“ und stellt dabei fest:

„Die plötzliche Labilität der deutschen öffentlichen Meinung ist nur einer der Preise für die Starre der deutschen Politik im vergangenen Jahrzehnt. Der Anschluß der Bundesrepublik an den vor allem durch die USA repräsentierten Westen (der ja vielen Zügen der deutschen Geschichte durchaus widerspricht) war so total, dabei so undiskutiert und doch so unselbständig, daß der Punkt kommen mußte, an dem die Gefahr eines völligen Umschwungs auftritt. Angesichts der beängstigenden Stabilität der Politik der Bundesregierung hatte sich bei vielen Deutschen geradezu die Meinung gebildet, daß die Alliierten, und insbesondere die Amerikaner, nur darauf warteten, ihre Haut für die Bundesrepublik zu Markte tragen zu dürfen. Jedenfalls waren viele sich weder über den nötigen Beitrag der eigenen Phantasie zur Lösung der deutschen Frage noch über die Wandlungen in der öffentlichen und der regierenden Meinung der westlichen Länder im klaren. Der Schock, den die Ereignisse des 13. August und ihre Folgen bei vielen Bürgern der Bundesrepublik

hervorriefen, geht daher auf das Konto der undynamischen Politik der Bundesregierung, die auf diese Weise erreicht hat, was zumindest ihr Kanzler vor allem vermeiden wollte: ein Wiederaufleben des deutschen Nationalismus.

Es ist noch eine offene Frage, welche politischen Kräfte sich solche Wandlungen der öffentlichen Meinung zunutze machen werden. Der Wahlerfolg der FDP am 17. September ist in gewisser Weise ein erstes Symptom der angedeuteten Wandlung, doch ist es nach den seitherigen Ereignissen ganz unwahrscheinlich, daß die FDP in ihrer gegenwärtigen Gestalt zum Sprecher der neu erwachenden nationalen Sentiments wird. Die SPD hat vor einigen Wochen erklärt, sie werde der ‚Versuchung‘ (!) widerstehen, zur ‚nationalen Opposition‘ zu werden. Das ist eine dunkle Erklärung, die an die zuletzt durch *Kurt Schumacher* repräsentierte nationale Tradition der deutschen Sozialdemokratie erinnert. Bisher hat nur die Massenpresse den Stimmungsumschwung der öffentlichen Meinung für sich ausgebeutet und ihn dadurch bestärkt. Doch stehen wir aller Wahrscheinlichkeit nach erst am Anfang dieser neuen Orientierung der deutschen öffentlichen Meinung. Es kann wenig Zweifel daran bestehen, daß die nächste Bundesregierung Entscheidungen treffen — oder ihnen mindestens zustimmen — muß, die gerade deutsch-nationalen Empfindungen neue Nahrung geben werden. Dann erst kann sich entscheiden, was stärker ist: Die Wandlungen in der Haltung vieler Deutscher durch die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der

Nachkriegszeit — oder die Versuchung einer Rückkehr zu den vertrauteren, wenngleich im Grunde widerlegten Kategorien und Auffassungen der deutschen Geschichte.“

### *Kein Notstandsgesetz!*

Durch den in seinen reaktionären Tendenzen eindeutigen, im übrigen höchst fragwürdigen und in mehrfacher Hinsicht verfassungswidrigen und jeder politischen Moral widersprechenden *Koalitionsvertrag* der gegenwärtigen Regierungsparteien der Bundesrepublik ist die Forderung eines sogenannten *Notstandsgesetzes* wieder in den Vordergrund getreten. Mit gutem Grund haben deshalb alle DGB-Gewerkschaften, die in den letzten Wochen Kongresse durchführten — wie *Post, Textil - Bekleidung, Metall* — in einmütigen Beschlüssen gegen eine Notstandsgesetzgebung Stellung genommen. Auch der Vorsitzende der ÖTV, *Adolph Kummernuss*, hat neuerlich zu dieser für die deutsche Demokratie zentralen Frage das Wort ergriffen. Unter dem Titel „Die Berlin-Krise rechtfertigt kein Notstandsgesetz“ schreibt er in der November-Ausgabe des *ÖTV-Magazin* u. a.:

„Ein Notstandsgesetz im Sinne des Herrn *Schröder* wäre aus einer Reihe von Gründen und besonders in dieser prekären Situation verhängnisvoll. Die Vorschläge dafür liegen gebrauchsfertig in den Bonner Schubladen. Sie dürfen nicht Wirklichkeit werden. Gerade im Interesse Berlins dürfen sie es nicht.

Im weltpolitischen Ringen um sein Schicksal, mit dem wir solidarisch verbunden sind, hat Berlin ein großes Plus. Seinen Bewohnern sind ebenso wie denen der Bundesrepublik demokratische Freiheiten und Grundrechte garantiert. Das ist der sichtbare Gegensatz zu Ostberlin und der DDR, den keine Mauer zu verdecken vermag. Für die Erhaltung und Sicherung dieser Grundrechte und Freiheiten setzt sich die freie westliche Welt ein. Sie könnte und würde dies nicht mehr und bestimmt nicht länger im gleichen Maße tun, wenn die Bundesregierung aus Zweckmäßigkeitsgründen demokratische Grundrechte und Freiheiten einschränken und beseitigen würde.

Ein Notstandsgesetz, wie es Herr *Schröder* plante, hat nach dem 13. August nicht mehr die gleiche Bedeutung, sondern eine weitaus größere und folgenschwerere. Man stelle sich nur vor, dieses Gesetz wäre in Kraft. Wer wollte den USA dann zumuten, in Berlin das zu verteidigen, was die Regierung der Bundesrepublik im eigenen Land nicht als lebenswichtig erachtet?

Demokratische Grundrechte und Freiheiten kann man eben nicht dadurch sichern, daß man sie einschränkt oder beseitigt. Ein Schrödersches Notstandsgesetz würde genau das

herbeiführen, was es zu verhindern vorgibt. Ein Schritt in der falschen Richtung, und die Folgen sind verhängnisvoll, bei unseren Verbündeten wie für Berlin.

Die Glaubwürdigkeit der Bundesrepublik in der westlichen Welt hängt nicht von der Größe und der Qualität unseres militärischen Beitrages ab. In Zeiten außenpolitischer Krisen neigt man allzu leicht zu einer Überschätzung militärischer Stärke. Das ist ein gefährlicher Irrtum, der in Anbetracht der schrecklichen Vernichtungswaffen tödlich für alle werden kann. Ein Grund mehr, gegen die Ausrüstung der Bundeswehr mit atomaren Waffen zu sein. Von der Schlagkraft der Bundeswehr, selbst wenn diese durch ein totales Notstandsgesetz auf ein Höchstmaß gesteigert würde, wird die Lösung der Berlin-Krise nicht beeinflusst werden können.

Wir müssen aus der Sackgasse herauskommen, in welche die bisherige Politik der Bundesregierung geführt hat. Das wird nicht ohne Opfer und nicht ohne Hilfe unserer Verbündeten möglich sein. Nach dem Scheitern einer Politik der Stärke, die man allzu gerne auf Kosten demokratischer Grundrechte und Freiheiten durchsetzen wollte, sollten wir uns nun für die Festigung dieser Grundrechte und Freiheiten einsetzen. Sie sind gefährdet: in Berlin von außen und von innen durch das Notstandsgesetz.

Wir haben ein Bundesleistungsgesetz, das die Möglichkeit bietet, jedes Kraftfahrzeug sowie landwirtschaftliche und industrielle Anlagen für militärische Zwecke zu beschlagnahmen. Man sollte es dabei bewenden lassen und auf ein Notstandsgesetz verzichten. Es wäre ein Zeichen, daß unsere Politik, die an einem Wendepunkt angelangt ist, sich für den vernünftigen Weg entscheidet.

Eine solche Entscheidung würden unsere Verbündeten in der freien Welt, auf deren Hilfe wir angewiesen sind, nicht nur billigen, sondern honorieren. Je mehr wir beweisen, daß die demokratischen Grundrechte und Freiheiten unentbehrlich für uns sind, um so entschiedener werden sie unsere Interessen auch in Berlin vertreten. Für Worte und feierliche Versicherungen ist es zu spät. Allein Taten zählen jetzt. Der Verzicht auf ein Notstandsgesetz wäre eine Tat.“

### *Sowjetrußlands unbewältigte Vergangenheit*

Der Schweizer Publizist Dr. *Hans Fleig* ist in Westeuropa einer der besten Kenner der sowjetrussischen Politik. In seinem Kommentar zum 22. sowjetrussischen Parteikongreß schreibt Fleig in Nr. 43 (27. 10. 61) der *Zürcher Woche*, deren politischer Redakteur er ist, u. a.:

„Die Frage drängt sich auf, weshalb *Chruschtschow* aus dem 22. Parteikongreß etwas ganz anderes gemacht hat, als man vermuten durfte, und weshalb er nicht den Versuch machte, den Eindruck eines harmonischen Siegeszuges hervorzurufen. Er hat sich als Kämpfer vorgestellt, der gegen schlimme Verschwörungen aller Art zu Hause und innerhalb des kommunistischen Lagers anzutreten hat und nicht ohne Anstrengung dieser Widerwärtigkeiten Herr wird.

Wenn man sich die Mühe macht, einige Stunden lang den Wortlaut seiner Reden zu lesen und die Verteilung der Gewichte zu studieren, kann man auf des Rätsels Lösung kommen. Das Gegenstück zu den Abschnitten über den Stalinschen Personenkult, die Fraktion der Parteifeinde und die albanischen Führer, die diesen Kult nicht aufgeben wollen, sind jene Abschnitte in Chruschtschows Reden, in denen er in beinahe beschwörendem Ton die Umwandlung der Partei in eine ‚Partei des gesamten Volkes‘ fordert, das vermehrte Mitspracherecht der Bevölkerung an der Lenkung des Staates und der Partei postuliert, die Überflüssigkeit der ‚Diktatur des Proletariats‘ innerhalb der neuen sowjetischen Gesellschaft nachweist und die Bedeutung der schnelleren Rotation auf den führenden Posten in Staat und Partei hervorhebt.

Wenn man diese Passagen liest, erhält man den Eindruck, daß Chruschtschow sehr stark die Ungeduld im Volke, insbesondere unter den Intellektuellen, Studenten und innerhalb der technischen Elite, verspürt, die eine raschere und entschlossenerere innere Entwicklung des Sowjetstaates in der Richtung größerer geistiger und wohl auch wirtschaftlicher Bewegungsfreiheit fordert. Man gewinnt den bestimmten Eindruck, daß Chruschtschow auch von dieser Seite her unter schwerem Druck steht und daß er den Kräften, die diesen Druck ausüben, klarzumachen hatte, weshalb er nicht schneller vorwärtsgehen kann. Dazu diene ihm der Nachweis der Gefährlichkeit der Stalinisten im eigenen Land, aber auch der Nachweis, daß allzu kühne Experimente die Einheit des Ostblocks gefährden können, — ja, daß diese Gefahr bereits aktuell sei.

Das Eigenartige an dieser Situation ist, daß Chruschtschows Angaben keineswegs bloß Behauptungen taktischer Natur sind, sondern daß sie den Tatsachen entsprechen. Es ist nun einmal so, daß die völlig verschiedene Stufe der wirtschaftlichen Entwicklung, auf der sich Länder wie Albanien oder China im Gegensatz zur Sowjetunion befinden, auch einen ganz andern Stand der Dinge auf der politischen Ebene, z. B. hinsichtlich des Regierungssystems, mit sich bringt. Und es ist so, daß konservativ-stalinistische Kräfte auch innerhalb der Sowjetunion der Modernisierung von Staat und Partei Widerstand leisten, einer Modernisierung, die nur in einem Ab-

bau der Gedankenkontrolle und des Polizeistaates bestehen kann.

Das Dilemma, in dem sich Chruschtschow befindet, scheint echt zu sein. Damit kommt die Kehrseite der Entstehung des Ostblocks und des Anschlusses Chinas an die kommunistische Welt zum Ausdruck: sie werden beide nicht nur zu Instrumenten einer Ausdehnung des sowjetrussischen Einflusses, sondern auch zu Hemmschuhen der inneren Entwicklung Rußlands. Diesen Aspekt der Dinge sollte man vielleicht auch in Westeuropa nicht gänzlich vernachlässigen.

Daß Chruschtschow die zwei Enden des Stricks erkennt, die er in der Hand behalten muß, ändert nichts an der Tatsache, daß es zwei Enden sind, die vorderhand und noch auf lange Zeit auseinanderwachsen. Chruschtschow kann weder dem Druck des russischen Volkes ausweichen, das gebieterisch die innere Evolution fordert, noch die Entwicklung eines plurizentrischen Weltkommunismus aufhalten. Es ist und bleibt — um diesen letzten Punkt hervorzuheben — eines der interessantesten Phänomene der neuesten Geschichte des Weltkommunismus, daß Moskau nur dort die unbestrittene Führungsrolle bewahren konnte, wo sich der Kommunismus in die alten Einflußsphären des russischen Zarenreiches ausbreitete: dort geschah dies dann folgerichtig mit Hilfe direkter russischer Intervention (Baltische Staaten, Polen, Tschechoslowakei, Rumänien, Bulgarien). Aber überall dort, wo der Kommunismus außerhalb dieser alten zaristischen Einflußsphäre sich durchsetzte, geschah dies folgerichtig auch ohne direkte russische Hilfe (China, Jugoslawien, Albanien), und überall dort mußte auch der Versuch scheitern, die zentrale Moskauer Leitung durchzusetzen. Daß es sich so und nicht anders verhält, kann man aus der Geschichte der letzten fünfzehn Jahre genau ablesen. Leider will man in Westeuropa diese Zusammenhänge, die die Strahlungskraft und Wirkungsmöglichkeit der Sowjetunion deutlich und unzweifelhaft begrenzen, nicht sehen, weil diese Fakten die westliche Theorie über die ‚Weltrevolution‘ weitgehend über den Haufen werfen. Das albanische Beispiel — als drittes — sollte nun doch im Westen die Gedankentätigkeit über diesen Punkt etwas anregen.

Nicht nur dieses Problem — die Herausbildung kommunistischer Zentren, die keine Befehle von Moskau entgegennehmen und sich ihm sogar widersetzen — ist ungelöst, sondern auch die sowjetrussische Vergangenheit ist weitgehend unbewältigt. Es spricht doch auch für die Gerechtigkeitsliebe des russischen Volkes, daß seine heutigen Führer gezwungen sind, immer wieder an den Blutflecken der dreißiger und vierziger Jahre herumzureiben und immer neue Schuldige in den Strudel der Verantwortlichkeit zu reißen. Gewiß: sie tun es,

um ihre inneren Gegner zu denunzieren — keineswegs aus sittlicher Entrüstung, wenn sie dies auch behaupten. Aber sie *müssen* es tun. Der achtzigjährige *Woroschilow*, als Präsidialmitglied dieses Kongresses gezwungen, sich auf der Estrade die Anklagen gegen sich selber schweigend anzuhören, ist der bisher letzte, den die Vergangenheit in ihre Blutlache herunterzieht. Man muß die dramatische Heraufbeschwörung der Liquidation der großen sowjetischen Generäle im Jahre 1937 in der Kongreßrede von Frau *Jekaterina Furzewa* gelesen haben, um ganz zu ermessen, an welche Saiten da gerührt wurde. Die Namen *Tuchatschewskij*, *Jakir*, *Uborewitsch*, *Jegorow*, *Eidemann* und *Kork* erklangen in der Kongreßhalle aus Marmor und Glas. Man kann nur ahnen, wie diese Namen auf die Tausende von Delegierten gewirkt haben müssen. Frau Furzewa berichtete über jene Sitzung des Parteipräsidiums von 1957, an der die Rehabilitation dieser Männer beschlossen wurde; als auch *Molotow*, *Kaganowitsch* und *Malenkow* dafür stimmten und sich von der Unschuld der Hingerichteten überzeugt erklärten, habe Nikita Chruschtschow sie ruhig gefragt: „Wann waren Sie denn nun eigentlich gerecht — damals, als Sie ihre Stimme für die Verurteilung dieser Männer abgaben — oder jetzt?“

Diese Frage — die Kernfrage der unbewältigten Vergangenheit Sowjetrußlands — kann aber, wie jeder Russe genau weiß, mit ebenso großem Recht an *den* Mann gerichtet werden, der heute sich zum Richter über die Stalinzeit aufschwingt und immer neue Verantwortliche beim Namen nennt. Für diese Frage gibt es kein Halt. Chruschtschow wird sich nicht vor ihr retten können. Eines Tages wird sie auch an ihn gerichtet werden. Ja: er ist der Liquidator der Stalinzeit. Aber als letzter Zeuge dieser Ära wird er eines Tages selber die Konsequenzen tragen müssen. Dieser Konsequenz will er entrinnen, indem er sich auf die Seite des kommenden Rußland schlägt, soweit es ihm für sich selber, aus inneren und äußern Gründen, möglich ist.

Aber wie die Neuaufrollung des Falls *Tuchatschewskij* zeigt: die Konten der Schuld verjähren in Rußland nicht so rasch — sehr zur Überraschung und Verwunderung der westeuropäischen Welt.“

Eine Woche später (Nr. 44 vom 3. 11. 61) schreibt Dr. *Fleig* in einem weiteren Aufsatz („Roter Platz ohne Stalin“) u. a.:

„Am 30. Oktober hat der in Moskau tagende 22. Parteikongreß der sowjetrussischen Kommunisten einstimmig und unter jubelndem Beifall beschlossen, die seit acht Jahren im Mausoleum auf dem Roten Platz beige-setzte Mumie *Josef Wissarionowitsch Stalins* sei sogleich von diesem Ehrenplatz zu entfernen.“

Am gleichen 30. Oktober, an dem sich dieses für die Sowjetunion ungeheuerliche Ereignis abspielte, kreperte über der Eismeerinsel Nowaja Semlja eine gigantische Wasserstoffbombe, wie sie die Welt noch nie gesehen hat. Sie kreperte ins Gesicht der UNO, die drei Tage zuvor mit 87 gegen die 11 Ostblockstimmen und einer einzigen Enthaltung (Mali) an die Sowjetregierung appelliert hatte, diese monströse Bombe nicht zur Explosion zu bringen. Chruschtschow kümmerte sich weder um diesen Appell noch um die zornige Entrüstung, die in wesentlichen Teilen der Welt gegen die verbrecherische Vergiftung der Atmosphäre aufflammt.

So wurden der Welt an jenem 30. Oktober einmal mehr die zwei Gesichter Rußlands wie der Sowjetunion sichtbar — jene zwei Gesichter, die sich seit Jahrhunderten widersprechen und die übrige Welt mit ihren Rätseln irritieren und an den Rand der Verzweiflung bringen . . .

Als Chruschtschow 1956 am 20. Parteikongreß die ‚Entstalinisierung‘ einleitete, tat er es bloß in einer Geheimrede, die bis heute in der Sowjetunion nicht veröffentlicht worden ist, obwohl sie damals den Parteiorganisationen in geschlossenen Sitzungen vorgelesen worden war.

Erst jetzt, fünf Jahre später, wagte Chruschtschow den zweiten, entscheidenden Schritt: nun folgte öffentlich die Anklage, die 1956 nur geheim erhoben worden war, untermauert von scheußlichen Einzelheiten: über die Ermordung *Sergej Kirows* 1934 in den Korridoren des Smolny zu Leningrad, über den Selbstmord *Ordschonikidse*s, über die Hinrichtung des Militärkommandanten der Ukraine, des Generals *Jakir*, über den Fall *Tuchatschewskij* und viele andere mehr . . .

Außerhalb der Sowjetunion kann man sich nur schwer vorstellen, was die Entfernung der Leiche Stalins vom Roten Platz in Moskau für die russische Welt bedeutet. Das Russentum steht in seiner Urtümlichkeit gewissen magischen Akten noch viel näher als wir. Von der hellerleuchteten Leiche im Glas-Sarkophag ging ein Bann aus, dem sich dieses Land nicht entziehen konnte, auch wenn es wollte. Der Tote war da und übte unerbittlich seine Gewalt aus. Dieser Bann konnte nur gebrochen werden, wenn die Leiche unsichtbar gemacht wurde. Wirklich tot ist nur der Unsichtbare. Nur dann kann er nicht Rache nehmen. Er muß entmachtet werden.

Fünf Jahre lang wagte es Chruschtschow nicht, Hand an die Mumie zu legen. Er kennt die Macht der Toten in Rußland genau. Er weiß, daß dort die Toten oft stärker sind als die stärksten Lebenden. Der triumphierende, leicht höhnische Zug, der um den Mund der Stalin-Leiche spielte, verkündet: „Ihr werdet mich nicht überwinden können!“

Nun ist der große erste Schritt getan, der doch zur Überwindung des Dämons Stalin führen kann. Wir sagen ausdrücklich: *kann*. Denn daß Stalin das werden konnte, was er war, liegt auch im Wesen dieses Landes beschlossen, ebenso wie im Wesen des politischen Systems, das sich seiner bemächtigt hat. Rußland hat eine angeborene Anlage zur Gewalt Herrschaft seit Jahrhunderten gezeigt. Jahrhundertlang stand es aber damit keineswegs allein. Was Aufsehen erregte, war die Tatsache, daß Rußland diese Anlage auch beibehielt, als Westeuropa im Gefolge der sozialen Umstrukturierung seiner Völker andere Regierungs- und Verwaltungsformen entwickelte. Es wird bei uns zuwenig gesehen, daß dieses düstere russische Beharrungsvermögen zusammenfiel mit dem Unvermögen, die Sozialstruktur des russischen Volkes zu ändern. Das große Ereignis der letzten Jahrzehnte für Rußland ist nun aber der Durchbruch in der Sozialstruktur, die Schaffung einer russischen Industriegesellschaft, die sich in diesen Jahren zu einer Konsumentengesellschaft weiterentwickelt. Dieser Durchbruch muß mit Notwendigkeit politische Folgen zeitigen und die Zeiger der Entwicklung auch auf diesem Sektor weiterschieben.

Mit dem zweiten und diesmal wohl endgültigen Tod Stalins, der in seiner Entfernung vom Roten Platz besteht, haben wir als Zeitgenossen miterlebt, wie der politische Stundenzeiger Rußlands sich fortbewegte.

Es werden noch zahlreiche dieser Bewegungen nötig sein, bis die Sowjetunion ein Regierungssystem besitzt, das einigermaßen unseren Vorstellungen von einem modernen, zeitgemäßen Staatswesen entspricht. Auch wenn wir das, was sich jetzt in Moskau ereignet hat, keineswegs überschätzen wollen, sollten wir doch einräumen, daß es ein Schritt in der richtigen Richtung war.“

*Auch das muß gesagt sein!*

Unter diesem Titel veröffentlicht der *Industrie-Arbeiter* (Zürich), das Organ des Schweizerischen Textil- und Fabrikarbeiterverbandes, in Nr. 41 (9. 11. 61) einen redaktionellen Artikel, der auch in der Bundesrepublik Beachtung verdient:

„Die Atombombentests haben in aller Welt — außer im Ostblock — Massenproteste ausgelöst. Auch in der Schweiz. Nun müssen wir offen gestehen, daß uns einige dieser Proteste gegen die russischen Kernwaffentests etwas merkwürdig vorkamen. Nicht wegen der Sache, sondern wegen der Leute, die da plötzlich so laut protestierten.

Stellen wir zwei Tatsachen fest: Die sowjetischen Megatonnenbomben-Versuche — die bezeichnenderweise von der friedliebenden Sowjetregierung dem russischen Volke verschwiegen werden! — stellen eine unverant-

wortliche Gefährdung der lebenden und künftigen Menschen dar. In kaum zwei Monaten haben die Sowjets mit ihren Tests eine Radioaktivität erzeugt, die an diejenige heranreicht, welche der Westen mit allen seinen Versuchen von 1948 bis 1958 produzierte! Zweitens: In diesen elf Jahren haben gegen die westlichen und östlichen Atombombenversuche ausschließlich — abgesehen von kommunistischen Propagandisten (die heute feige schweigen) — verantwortungsbewußte Wissenschaftler, Sozialdemokraten und Gewerkschafter, aktive Christen und Pazifisten protestiert — und sie mußten sich beschimpfen, der Handlangerdienste für den Kommunismus', der ‚Naivität', der ‚Hysterie' bezichtigen lassen von jenen Leuten, die sich nun plötzlich lärmig über die Sowjetversuche aufregen! Wir erinnern uns sehr genau, daß der amerikanische ‚Vater der Atombombe', Prof. *Eduard Teller*, in Artikeln, Erklärungen und Büchern die Folgen der Atombombentests zu verharmlosen suchte und diese ‚Generallinie' auch von schweizerischen Zeitungen, z. B. der *Neuen Zürcher Zeitung*, der *Weltwoche*, übernommen wurde, die heute in langen Spalten die Sowjettests brandmarken. Wir haben auch nie vernommen, daß in Bern Jugendliche vor der USA-Botschaft gegen die Atomtests demonstrierten, wie das vor wenigen Tagen bezüglich der Sowjetbotschaft der Fall war.

Jenen Leuten, die elf Jahre lang zu den Verbrechen der Atomtests schwiegen, sie verharmlosten und die Testgegner als ‚Kommunistenhandlanger' schmähten, sprechen wir heute rundweg das Recht ab, laut herumzuprotestieren. Doch damit wären wir einmal mehr bei dem peinlichen Kapitel der weltpolitischen Schizophrenie gewisser Eidgenossen, die sich gerade in diesen Tagen wieder an zwei typischen Beispielen äußerte.

Am 23. Oktober jährte sich zum fünften Male der Ausbruch der ungarischen Revolution von 1956. Mit Recht gedachten wir der heldenhaften ungarischen Freiheitskämpfer, und überall in der Schweiz fanden Kundgebungen statt. An einigen dieser Kundgebungen war vom Selbstbestimmungsrecht der Völker die Rede. Mit beredten Worten wurde es für Ungarn und auch Tibet gefordert — aber vom Selbstbestimmungsrecht des algerischen Volkes, vom Selbstbestimmungsrecht Spaniens, Portugals, der südafrikanischen und angolischen Negerbevölkerung war mit keinem einzigen Wort die Rede. Und als am 1. November sich zum siebenten Male der Ausbruch des algerischen Freiheitskampfes jährte, blieben die Kundgebungen in unserem Lande aus.

Das andere Beispiel: Als der große russische Dichter *Boris Pasternak* mit dem Nobelpreis für Literatur ausgezeichnet wurde und die Sowjetregierung ihn hinderte, den Preis entgegenzunehmen, ja, ihn zum Verzicht zwang,

ging eine Welle der Empörung durch unser Land. Heute, da vor wenigen Tagen bekannt wurde, daß der ‚Gandhi Südafrikas‘, *Albert Luthuli*, durch die südafrikanischen Rassenfanatiker an der Entgegennahme des Friedens-Nobelpreises schikaniert wird, war das Echo gering. Dafür lasen wir in neuesten Berichten über den schweizerischen Außenhandel in den ersten neun Monaten von 1961: „Einen ver-

hältnismäßig starken Anstieg verzeichnen unsere Warenkäufe in der Südafrikanischen Union' — nämlich von 17,0 Mill. Franken im Dreivierteljahr 1960 auf 47,6 Mill. Franken im Jahre 1961, womit Südafrika für uns als Oberseelieferant an fünfter Stelle steht! Die Leute, die im Falle Pasternak nach einem Ost-handelsboykott riefen, blieben hier stumm . . .“

W.F.